



## **Bauministerkonferenz kritisiert Wohnungspolitik des Bundes als falsches Signal Rückgang der Bautätigkeit befürchtet / Höhere Städtebauförderung gefordert**

Die Bauministerkonferenz der Länder, die am 7. und 8. November unter Vorsitz des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Dieter Posch, am Frankfurter Flughafen stattfand, hat die geplanten steuerlichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, insbesondere die Einschränkung der degressiven Abschreibung und die Vereinheitlichung der linearen Abschreibung für Gebäude auf 2 Prozent pro Jahr, die Streichung der so genannten Spekulationsfrist und die Verringerung der Förderung bei der Eigenheimzulage kritisiert. Sie wurden als falsches Signal gegenüber der ohnehin von einer Krise betroffenen Bauwirtschaft bezeichnet. Die Minister befürchten einen weiteren starken Rückgang der Bautätigkeit, der die vorhandenen Probleme in den Wachstumsregionen zusätzlich verschärfen wird. Die Bauwirtschaft werde noch tiefer in die konjunkturelle Krise geraten und weiters Personal entlassen müssen. Mangels Investitionsvolumens werde der Spielraum für die Entwicklung der Städte erheblich eingeschränkt. Die Einspareffekte durch den Fortfall der degressiven Abschreibung werden nach Einschätzung der Länderbauminister in keinem Verhältnis zu den negativen Wirkungen auf die Investitionstätigkeit im Mietwohnungsbau stehen. Neben den unmittelbaren Folgen für die Bauwirtschaft und die Versorgung vor allem der Ballungsräume mit ausreichendem Wohnraum sehen die Bauminister die Investition in den Mietwohnungsbau als Bestandteil der Altersvorsorge erheblich eingeschränkt.

Den vom Bund vorgesehenen Mindestbetrag für die soziale Wohnraumförderung von 230 Millionen Euro halten die Bauminister für nicht ausreichend, um den Versorgungsengpässen in den Boomregionen in Westdeutschland begegnen zu können, die notwendigen Aufwertungsstrategien für Wohnraum in den Stadtumbaustädten in Ost und West zu finanzieren sowie die Eigentumsbildung in den Städten wirksam zu unterstützen. Deshalb fordern die Bauminister der Länder die Bundesregierung auf, die notwendige finanzielle Ausstattung für die Verfolgung dieser wohnungspolitischen Ziele bereit zu stellen.

Für die Städtebauförderung fordern die Bauminister, dass der Bund den Verpflichtungsrahmen auf dem Niveau von 570 Millionen Euro jährlich verstetigt. Insbesondere kritisierten die Bauminister die im Haushaltsansatz des Bundes für 2003 gegenüber diesem Jahr geplante Reduzierung der Mittel für die Städtebauförderung in den alten Bundesländern um 100 Millionen Euro und forderten, den Verpflichtungsrahmen für die elf alten Länder um mindestens 92 Millionen Euro zu erhöhen.

Den Entwurf einer [Musterbauordnung](#), von der eine Vereinfachung und Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren zu erwarten sein werde, wurde von der Bauministerkonferenz gebilligt. Die Musterbauordnung dient als Orientierungsrahmen für die Gesetzgebung der Länder. Hessen hat als erstes Bundesland seine Bauordnung auf der Basis der Musterbauordnung novelliert. Die neue Hessische Bauordnung ist seit dem 1. Oktober diesen Jahres in Kraft. Die neue Musterbauordnung kann im Internetangebot der Bauministerkonferenz - [www.bauministerkonferenz.de](http://www.bauministerkonferenz.de) - abgerufen werden.